

Achtung aufgepasst!!!

08.04.2016

Zahlen Beamte bald in die Rentenkasse ein????

Potsdam, 07.04.16 - In einem Interview mit der WAZ am 02.04.2016 verkündete der DGB-Bundesvorsitzende Reiner Hoffmann u.a., das Rentenkonzept des DGB sehe eine Erwerbstätigengesicherung vor, in die langfristig auch Beamte und Selbständige einzahlen müssten. Am Folgetag konterte GdP-Bundesvize und NRW-Chef Arnold Plickert in derselben Zeitung: „Mit uns ist das nicht abgesprochen.“

Tatsächlich aber ist dieses Konzept Beschlusslage des DGB, dem auch die GdP angehört und – glaubt man den Kommentaren, die zumindest am 05.04.2016 auf der Facebookseite des GdP-Bundesvorstandes zu lesen waren – zugestimmt hat. Dort ist zu lesen, dass dieser Beschlussantrag vom „DGB-Bundesvorstand, in dem auch der GdP-Vorsitzende sitzt“ eingereicht und **einstimmig, „auch mit den Stimmen der GdP-Delegierten“** beschlossen wurde.

Dass die GdP-Spitze davon jetzt nichts mehr wissen will leuchtet ein, weil es den eigenen Mitgliedern nur schwer vermittelbar ist.

Das Dementi auf Kosten des Dachverbandes und der anderen Mitgliedsgewerkschaften ist allerdings wieder einmal stillos und peinlich.

Es scheint das neue Konzept der GdP-Funktionäre zu sein, fehlende Argumente durch persönliche Attacken zu ersetzen. Auf der GdP-Homepage ist dann nachzulesen, dass man sich zwischen GdP- und DGB-Spitze ausgesprochen und „Klarheit“ geschaffen habe. Dieser Beitrag endet mit einem Angriff auf die DPolG, die diesen Umstand veröffentlicht hatte. **Ein Dementi der Feststellung, dass die GdP-Spitze an der Beschlussfassung zur Erwerbstätigengesicherung mit Beamtenbeiträgen aktiv beteiligt war, enthält er dagegen ausdrücklich nicht.**

Es sollen, wenn man der DGB-Idee folgt, also weitere erhebliche Mehrbelastungen für den öffentlichen Dienst erfolgen. Da stellt sich die berechtigte Frage: Welchen Einfluss hat eigentlich eine (Polizei-) Beamtenbewerkschaft in diesem Dachverband und welche Interessen werden da vertreten - die der Funktionäre oder die der Mitglieder?

Jeder Beamte und jede Beamtin, der bzw. die in einer dem DGB angehörenden Gewerkschaft als Mitglied einen nicht unerheblichen Monatsbeitrag zu entrichten hat, möge sich daher überlegen, ob er/sie weitere Beiträge zu dieser propagierten Mehrbelastung leisten möchte!

Der BDK empfiehlt daher:

Gewerkschaftszugehörigkeit prüfen!!!

Zum Nachlesen:

<http://www.derwesten.de/politik/dgb-chef-hoffmann-vielen-menschen-droht-altersarmut-id11698182.html#plx916199053>
<http://www.derwesten.de/politik/dgb-rentenplaene-zur-beamtenversorgung-irritieren-polizisten-id11700845.html>
http://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/DE_GdP-und-DGB-schaffen-Klarheit

Schlagwörter

Bundespolizei/Zoll

diesen Inhalt herunterladen: [PDF](#)